



Ronald Pofalla und Patriarch Bartholomeus I. bei ihrem Gespräch in der griechisch-orthodoxen Kirche in Istanbul.

Ronald Pofalla

Glaube und Freiheit

„Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird“ – so heißt es im gültigen Grundsatzprogramm der CDU.

Dies formuliert den Anspruch christdemokratischer Politik im Inland wie im Ausland. Im Praxistest wird die Umsetzung dieser Prämisse zum Glaubwürdigkeitstest.

Jahrelang reichte die Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland lediglich bis zur Haustür. Themen wie häusliche Gewalt gegen Frauen oder Kriminalität unter jugendlichen Ausländern blieben allenfalls wohlfeilen Kamingesprächen vorbehalten. Die deutsche Öffentlichkeit hat auf die praktische ▶

INHALT

Hartz-IV-Reform:
Einstandspflicht in
der Familie

Seite 5

Bremen
Raumfahrtprogramm
vorgestellt

Seite 8

HEUTE AKTUELL

■ Flugblatt der Woche – Arbeitsmarkt (S. 7) ■ 100-Tage-Bilanz in Sachsen-Anhalt: Trend geht nach oben (S. 9) ■ Berlin: Kompetenz statt Rot-Rot (S. 10–11) ■ Hubert Hüpper: Fußball WM 2006 der Menschen mit Behinderung – Geballte Leidenschaft (S. 12–13) ■ Ilse Aigner/ Monika Grütters: 10-Punkte für einen zukunftsfähigen Hochschulpakt (S. 14–15) ■ Baden-Württemberg: Florian Weller folgt Dietrich Birk (S. 15) Agrarwirtschaft: Neue Chancen in China nutzen (S. 16) ■ Michael Fuchs: Entlastung bei Statistikpflichten – Koalition treibt Bürokratieabbau weiter voran (S. 17) ■ Klaus Riegert: Doping konsequent bekämpfen (S. 17–18) ■ Annette Widmann-Mauz: Informationslücken über Passivrauchen bei Jugendlichen (S. 18) ■ Steffen Kampe: Europa unterstützt Konsolidierungskurs (S. 18–20) ■ Stellenanzeige des EAK (S. 20)

► Umsetzung der zitierten Prämisse in der Außenpolitik mit Überraschung reagiert: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich gleichermaßen in Russland wie in China für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt und auch in den USA die Missstände in Guantánamo kritisiert.

Die CDU leitet die universelle Gültigkeit der Menschenrechte aus dem christlichen Menschenbild ab. Folgerichtig können wir die Diskriminierung grundlegender Rechte nicht akzeptieren und müssen auch Freunden gegenüber klare Worte finden, wenn dies erforderlich ist.

Die Türkei ist ein Freund von uns. Vieles verbindet uns und wir freuen uns, dass in der Türkei in den vergangenen Jahren Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte erzielt wurden. War vor wenigen Jahren der scheußlicher Weise als „Ehrenmord“ bezeichnete Tatbestand noch strafmildernd für den Täter, führt ein solcher feiger Mord heute zu sehr harten Strafen. Türkische

Frauenrechtsgruppen würdigen diese Änderung im Strafgesetzbuch sehr, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass nun vermehrt Frauen durch Familienbeschlüsse in den Selbstmord getrieben werden und es somit zu einer Problemverlagerung gekommen ist. Die türkische Regierung und auch der mächtige Präsident der Religionsbehörde versichern glaubwürdig, dass sie eine echte Gleichstellung von Mann und Frau anstreben. Ich verstehe es auch als unsere Aufgabe, dies aufmerksam und kritisch zu verfolgen und wo es geht, auch zu helfen.

Im Bereich der Religionsfreiheit ist die Lage in der Türkei diffus. In Gesprächen wird einem schnell klar, dass Religionsfreiheit zu oft als ein Akt der Toleranz statt als grundlegendes Menschenrecht verstanden wird. Auffällig ist, dass die türkische Regierung in Urlaubsregionen großzügiger ist und die Kirchen nicht in dem Ausmaß behindert wie im Rest der Türkei. Diese Schaufensterpolitik ist von

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Pragmatismus gekennzeichnet, nicht aber von Grundsätzen. Religionsfreiheit kann aber nur für alle und überall gelten.

Religionsfreiheit steht allen Menschen von Geburt an in gleicher Weise zu. Bereits in Artikel I der Charta der Vereinten Nationen ist die Religionsfreiheit als

zentrales Ziel festgeschrieben: Es ist die „Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“. In Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beachtung religiöser Bräuche zu bekunden.“



Ronald Pofalla überreicht dem Präsidenten des Amtes für Religionsangelegenheiten, Ali Bardakoglu, eine CDU-Medaille.

Die Türkei ist trotz der Reformbemühungen der letzten Jahre von voller Religionsfreiheit weit entfernt. Die Türkei bekennt sich zum Laizismus, aber in der Realität wird ein sunnitischer Staatsislam gefördert und staatlich verwaltet. Das bedeutet, dass es Religionsfreiheit im Sinne des Artikels 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Türkei nicht gibt.

Keine Religionsgemeinschaft hat in der Türkei Rechtspersönlichkeit, was für die christlichen Kirchen eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen existieren sie rechtlich gesehen überhaupt nicht, so dass ihre Tätigkeit auf keinem soliden Fundament steht und kon-

stant bedroht ist. Die Selbstbestimmung der Kirchen ist in religiöser und finanziell-administrativer Hinsicht stark eingeschränkt. Ihr Eigentum an Liegenschaften wird vom Staat in Frage gestellt, unabhängig davon, ob es in der Form von Gemeindestiftungen organisiert ist oder nicht, und mitunter ohne

Vorwarnung und entschuldigungslos enteignet. Theologische Ausbildungsstätten wurden vom Staat geschlossen, so dass die Ausbildung von Kirchenpersonal vor Ort unmöglich ist. Der Einsatz von Seelsorgern aus dem Ausland wird behindert. Damit werden die seelsorgliche Arbeit und die kirchliche Existenz – jenseits des sunnitischen Staatsislams – grundsätzlich in Frage gestellt.

Die bereits bei der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen durch die EU-Kommission festgestellten Defizite im Hinblick auf die Religionsfreiheit und den Rechtsstatus der nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei bestehen also fort. Ein angekündigtes Re-

formgesetzt würde zwar Erleichterungen bringen, bliebe aber noch immer weit hinter EU-Standards zurück.

Meint es die türkische Regierung ernst, muss sie zufoererst drei Dinge anpacken:

1. Sie muss sich für die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gemäß dem europäischen Menschenrechtskatalog einsetzen.
2. Sie muss die Voraussetzungen für einen eigenen Rechtsstatus der Kirchen schaffen, die Umsetzung, z.B. mit Blick auf Eigentumsrechte, zügig voran treiben sowie die Kirchen in der Türkei in die Lage versetzen, eigene theologische Fakultäten zu gründen, um z.B. Priester ausbilden zu können.
3. Sie muss Einreisebehinderungen von Geistlichen aus dem Ausland aufheben.

Es ist und bleibt ein Kernanliegen der CDU, in der Außenpolitik alle Möglichkeiten zu nutzen, um dem Menschenrecht Religionsfreiheit Geltung zu verschaffen. Anspruch der Union und Motivation für mich ist die universelle Gültigkeit des Satzes: Religion basiert



v.l.n.r.: Frank Spengler (Landesbeauftragter Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung), Arnold Vaatz (stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Generalsekretär Ronald Pofalla, Patriarch Bartholomeus I., Prälat Stefan Reimers (Bevollmächtigter des Rates der EKD), Otmar Oehring (Leiter der Fachstelle Menschenrechte von Missio)

auf Glauben und Glauben auf Freiheit.

Im Dialog mit unserer türkischen Partnerpartei AKP werden wir daran festhalten, dass dieses Thema für uns oberste Priorität hat. Betonen werden wir auch, dass wir diese Diskussion unabhängig von der Debatte über den Beitrittswunsch der Türkei in die EU führen. Hier ist die Position der Union klar: Wir treten für eine „Privilegierte Partnerschaft“ und gegen einen EU-Beitritt ein. Ich bin mir sicher, dass sich im Laufe der nächsten Jahre sowohl in Europa als auch in der Türkei mehr und mehr Anhänger dieses Konzepts des Miteinanders finden werden.

Mein Ziel ist es, auch die in Deutschland lebenden

Türken dafür zu gewinnen, mich in meiner Forderung nach einer vollen Religionsfreiheit in der Türkei zu unterstützen. In Deutschland erleben die mehrheitlich muslimischen Türken, was Religionsfreiheit bedeutet – sie sind die besten Botschafter für echte Religionsfreiheit in der Türkei.

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU Deutschlands, war vom 3. bis 5. August zu Gesprächen über die Religionsfreiheit sowie zur Lage der Frau in der Türkei. Er wurde u. a. begleitet von dem stv. Fraktionsvorsitzenden, Arnold Vaatz, den Prälaten der evangelischen und katholischen Kirche, Stefan Reimers und Karl Jüsten, und Otmar Oehring von Missio.

Hartz-IV-Reform

Einstandspflicht in der Familie

Bei der für den Herbst geplanten Reform von Hartz IV will Generalsekretär Ronald Pofalla Fehler korrigieren, die bei der Zusammenlegung der steuerfinanzierten Arbeitslosen- und Sozialhilfe gemacht wurden.

„In der alten Sozialhilfe hat es altersmäßig unbegrenzte Einstandspflichten von Familienmitgliedern untereinander gegeben“, sagte Pofalla in Berlin. Während der Koalitionsverhandlungen im November vergangenen Jahres habe sich die Union mit den Sozialdemokraten



Ronald Pofalla: „Der Aufschrei der Linken ist politische Heuchelei.“

jährigen Kinder eintreten. In einem zweiten Schritt gehe es jetzt darum, dass wohlhabende Kinder für ihre Eltern eintreten, wenn diese in finanzieller Not sind.

Zu alten Regelungen zurückkehren

Dazu müsse die Koalition jedoch zu den alten sozialhilferechtlichen Regelungen zurückkehren, forderte der Generalsekretär. Schließlich dürfe die Einstandspflicht der Eltern für ihre Kinder „keine Einbahn-

straße“ sein. Stattdessen sollten künftig auch die Kinder ihren Eltern unter die Arme greifen. In diesem Zusammenhang plädierte Pofalla für „große Freigrenzen“. Niemand müsse befürchten, bereits ab dem ersten Euro des Arbeitslosengeldes II für seine Eltern einspringen zu müssen. So ließen sich die Regelungen, die bei der Unterhaltspflicht für pflegebedürftige Eltern gelten, auf das Arbeitslosengeld II übertragen.

Den Aufschrei der Linken – Teilen der SPD, den Jusos, der Grünen und der PDS – bezeichnete Pofalla als „politische Heuchelei“. Schließlich sei die gegenseitige Ein-

„Es ist richtig, wenn gut verdienende Kinder für ihre bedürftigen Eltern eintreten. Staatliche Hilfe beginnt erst dort, wo der Einzelne oder die Familie überfordert ist.“

Annette Schavan, Bundesbildungsministerin

„Wir reden hier über etwas, das in der alten Sozialhilfe Gang und Gabe war. Ich finde den Vorschlag Ronald Pofallas richtig.“

Ralf Brauksiepe, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

in einem ersten Schritt darauf verständigt, dass Eltern wieder für ihre unter 25-

„Ein 26-jähriger Millionärssohn kann heute zum Job-Center gehen und Arbeitslosengeld II beantragen. Ein 55-jähriger langzeitarbeitsloser Vater wird von der Allgemeinheit unterstützt, selbst wenn seine Kinder zu großem Reichtum gekommen sind. Beides hat mit Sozialpolitik nichts zu tun.“

Michael Fuchs, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

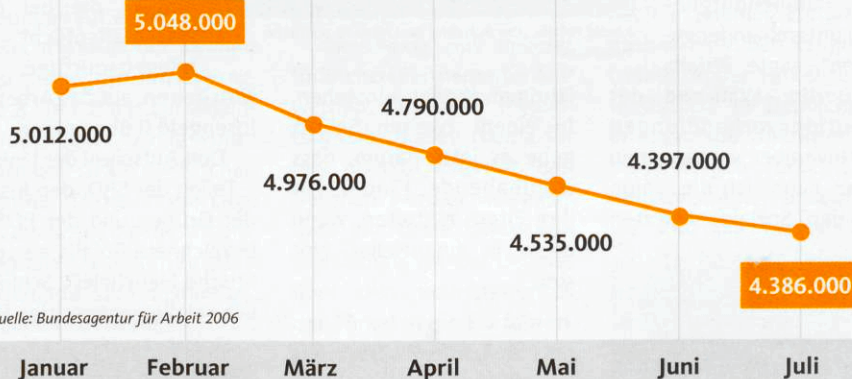
standspflicht der Familie erst im Jahre 2005 abgeschafft worden. „In sieben Jahren Rot-Grün hat sich keiner an dieser Regelung gestört“, sagte der Generalsekretär. Jetzt versuche die Linke die Menschen bewusst

in die Irre zu führen und unnötige Ängste zu schüren.

„Familienverband endet nicht mit der Volljährigkeit“

„Es ist erschreckend, dass nach dem Verständnis der Linken der Familienverband mit der Volljährigkeit endet. Und das in einer Gesellschaft, die tendenziell älter wird“, betonte Pofalla.

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen 2006



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2006

TRENDWENDE IN SICHT

Die Arbeitslosenzahlen sind in diesem Jahr stark gesunken. Im Juli waren 4,386 Mio. Menschen ohne Arbeit – das sind 451.000 weniger als im Vorjahr! Zum ersten Mal seit Jahren

gibt es auch wieder mehr sozialversicherungspflichtige Jobs (+ 54.000 im Mai 2006 gegenüber Mai 2005). Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist im zweiten Quartal gegenüber

dem Vorjahreszeitraum leicht zurückgegangen (von 16,8 % auf 15,2 %). All das zeigt: Die Arbeitsmarktreformen der unionsgeführten Bundesregierung beginnen zu wirken.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt vor Trendwende

Die Zeitungen geben wider, was die Nachrichten vom Arbeitsmarkt verkünden: Deutschland steht vor einer Trendwende! Die Reformansätze der Bundesregierung zeigen erste Wirkung. Die Arbeitslosenzahlen sind im Juli im Gegensatz zu den Vorjahren gesunken, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs gestiegen. Die Richtung stimmt. Der eingeschlagene Reformkurs der von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Regierung muss daher mit aller Konsequenz fortgeführt werden.

Sensation für Schwarzseher

Selbst notorische Skeptiker räumen nun ein, dass sich die Lage am deutschen Arbeitsmarkt beeindruckend bessert. Seit Jahresbeginn sind in Deutschland trotz aller Entlassungsdrohungen per saldo fast 200 000 neue Stellen geschaffen worden, rund 150 000 davon voll sozialversicherungspflichtig. *Financial Times Deutschland 2.8.2006*

Endlich geht's mit Deutschland wieder aufwärts!

Mehr Menschen mit Job: Die Zahl der Erwerbstätigen legte im Juni um 63 000 auf 39,06 Millionen zu. Auch bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs gab es zum ersten Mal seit fünf Jahren einen deutlichen Zuwachs von 54 000. Der Chef der Wirtschaftsweisen, Prof. Rürup: „Die Talsohle ist hier wohl durchschritten.“ *Bild 2.8.2006*

Positive Trendwende am Arbeitsmarkt

„Die konjunkturelle Erholung hat den Arbeitsmarkt erreicht“, begründete BA-Chef Frank-Jürgen Weise die positive Entwicklung. „Ich nenne das eine Wende zum Besseren“, erklärte Weise. *Die Welt 2.8.2006*

Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt

In zwölf Bundesländern wächst die Beschäftigung, in den anderen sechs sei zumindest ihr Rückgang spürbar gebremst. Im europäischen Vergleich verbesserte sich die Lage in Deutschland stärker als im Durchschnitt der 25 EU-Staaten. *Süddeutsche Zeitung 2.8.2006*

Ein kleines Job-Wunder

Gute Nachrichten aus Nürnberg – das ist wirklich etwas Neues. (...) Die professionellen Ökonomen stöbern in den Tiefen ihrer Datenbanken, um die historische Dimension dieser Monatsstatistik zu erhellen: Seit 1970 hat es das nicht mehr gegeben, dass im Ferienmonat Juli weniger Arbeitslose gemeldet waren als im Juni. *Frankfurter Rundschau 2.8.2006*

Der Anfang ist gemacht. Aber die CDU gibt sich mit den ersten sichtbaren Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt nicht zufrieden. Die hohe Zahl der Arbeitslosen ist nach wie vor das zentrale Problem in Deutschland. Deshalb kämpft die CDU weiter für mehr Arbeitsplätze und gegen die Arbeitslosigkeit.

Besser für die Menschen.

CDU

Bremen

Raumfahrtprogramm vorgestellt

Zum dritten Mal seit 1978 hat der Landesverband der CDU Bremen ein Raumfahrtprogramm vorgelegt.

Das Papier, das die deutsche Rolle in der europäischen Raumfahrt thematisiert und daraus Leitlinien für ein Raumfahrtprogramm der CDU Deutschlands entwickelt, soll den Rahmen vorgeben, wie Deutschland seine Führungsrolle in Europa in den Bereichen benannte Raumfahrt, Satellitennavigation, Erdbeobachtung (GMES), zukünftige Transportsysteme und Kleinstsatelliten für die Telekommunikation sowie Sicherheit behaupten und ausbauen kann.

5.400 hoch qualifizierte Arbeitsplätze

Kernaussage des Papiers, das der CDU Landesverband Bremen mit Unterstützung des Arbeitskreises „Forschung & Technologie CDU Bremen“ entwickelt hat, ist die Notwendigkeit einer Stärkung des nationalen Raumfahrtprogramms – nur dann werde Deutschland im europäischen Bereich auch langfristig effektiv mitwir-



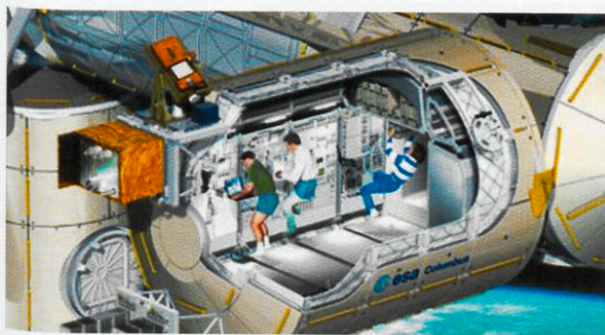
Jörg Kastendiek, Wirtschaftssenator in Bremen

ken und mitgestalten können. Gerade vor dem Hintergrund der Höhe der Investitionen in den Nachbarländern müsse Deutschland seine Mittel für das nationale Raumfahrtprogramm von derzeit 150 Mio. Euro auf 200 Mio. Euro jährlich anheben.

CDU-Wirtschaftssenator Jörg Kastendiek hob die Bedeutung der Raumfahrt für die Innovationskraft der deutschen Industrie und den nationalen Arbeitsmarkt hervor. Bundesweit stelle die Branche insgesamt 5.400 hoch qualifizierte Arbeitsplätze, davon allein in Bremen 1.800. Mit ihren umfangreichen Forschungen und zahlreichen Neuentwicklungen sei die Raumfahrt ein wichtiger Motor für Produktinnovationen und

die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, so der Senator. „Das neue Galileo-System als Europas Antwort auf das amerikanische GPS kann europaweit sogar 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen“, erläuterte Kastendiek bei der Präsentation des Programms, an der auch der Vorstandsvorsitzende des Raumfahrtunternehmens OHB Technology AG, Manfred Fuchs, teilnahm. OHB Technology mit Sitz in Bremen ist das führende deutsche Unternehmen im Kleinsatellitenbereich und hat bereits in zahlreichen Projekten seine Fähigkeiten bei der Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb von Kleinsatelliten und dazugehörigen Subsystemen für industrielle und wissenschaftliche Zwecke unter Beweis gestellt. Fuchs dankte an dieser Stelle dem CDU-Landesvorsitzenden und Staatsminister für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, Bernd Neumann, für seinen Einsatz zum Thema Raumfahrt im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene.

Zugleich würdigte Fuchs das wiederholte Bekenntnis von Bundeskanzlerin Ange-



la Merkel zur nationalen Raumfahrtindustrie. Erst im Mai hatte die Bundeskanzlerin in Bremen an der feierlichen Übergabe des Raum-

fahrtlabors „Columbus“ teilgenommen, das Teil der Internationalen Raumstation (ISS) wird. Das von der CDU Bremen entwickelte Raum-

fahrtprogramm soll im Rahmen der Grundsatzprogramm-Diskussion erörtert werden. Zudem soll noch in diesem Jahr das 6. Deutsche Raumfahrtprogramm unter Koordination des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie entwickelt werden.

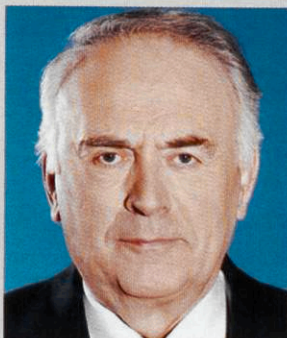
Das Raumfahrtprogramm der CDU Bremen finden Sie unter www.cdu-bremen.de



100-TAGE-BILANZ IN SACHSEN-ANHALT: TREND GEHT NACH OBEN

In Sachsen-Anhalt geht es aufwärts: Erstmals seit 1990 ist die Gesamtzahl der Beschäftigten im Juli gestiegen. Die für 2007 veranschlagte Neuverschuldung ist die geringste in der Landesgeschichte.

Anlässlich der 100-Tage-Bilanz der neuen schwarz-roten Landesregierung zeigte sich Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zufrieden: Es seien wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden, um „Sachsen-Anhalt zukunftssicher zu machen“. Ziel der Landespolitik sei es, „auf die eigenen Füße zu kommen“ und den



Ministerpräsident Wolfgang Böhmer

Umfang der Zuschüsse für das Land zurückzufahren. Auch künftig solle eine energische Haushaltskonsolidierung die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern. Mit dem Entwurf für den Landshaushalt 2007 sei „eine Wende hin

zu einer echten Konsolidierungspolitik eingeleitet“ worden. Außerdem sei der Einsatz der EU-Strukturfondsmittel von 2007 bis 2013 auf Wachstum und Beschäftigung konzentriert worden.

Böhmer sagte weiter, die Regierung habe in der Wirtschaftsförderung eine Kursänderung mit dem Ziel vorgenommen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. So würden künftig die Stärkung heimischer Betriebe und die Gewinnung neuer Investoren gleich gewichtet.

Die erste Große Koalition in Sachsen-Anhalt ist seit dem 24. April im Amt.

Berlin: Kompetenz statt Rot-Rot

Der Berliner Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl, Friedbert Pflüger, hat auf einer Pressekonferenz die Zusammensetzung seiner möglichen Regierungsmannschaft präsentiert.

„Kompetenz ist mir wichtiger als Prominenz“, sagte Pflüger bei der Vorstellung der zwölf Kandidaten. Zugleich zeigte er sich zuversichtlich, dass die CDU die Abgeordneten-

hauswahl am 17. September gewinnen werde. Pflüger kündigte an, im Falle eines Wahlsieges mit allen Parteien außer der Linkspartei über eine mögliche Koalition sprechen zu wollen.

„Unser Spitzenkandidat hat eine hervorragende Auswahl aus bekannten und engagierten Landespolitikern und externen Sachverständigen getroffen,“ erklärte der CDU-Landesvor-

sitzende, Ingo Schmitt. Rot-Rot müsse abgewählt und durch eine Regierung ersetzt werden, die mit Sachverstand, Tatkraft und sozialem Augenmaß Berlin voranbringe. „Mit der vorgestellten Mannschaft richten wir eine klare Kampfansage an Rot-Rot und zeigen den Berlinerinnen und Berlinern, dass wir bereit sind, die Regierungsverantwortung in Berlin zu übernehmen“, betonte Schmitt.



Otto Wulff, Vorsitzender der Senioren-Union, mit Mitgliedern der Berliner Senioren-Union und Mitgliedern des Pflüger-Teams bei der Wahlkampfkonferenz im Konrad-Adenauer-Haus.

WAHLKAMPAUFTAKT DER SENIOREN-UNION

Dem Ruf, in die Regierungsmannschaft des Berliner Spitzenkandidaten einzutreten, ist der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, gerne gefolgt: „Unsere Hauptstadt widerspiegelt wie keine andere in Deutschland das Schicksal meiner Generation: Krieg und Zerstörung, Freiheit und Unterdrückung, Wiederaufbau und Wiederver-

einigung. An dieser großartigen Aufgabe, Politik in und für Berlin zu gestalten, arbeite ich mit besonderem Engagement mit.“

Bis zum Wahltermin am 17. September wird Otto Wulff rund 30 Presseterminen, Podiumsdiskussionen und Wahlkampfveranstaltungen bestreiten, in denen er intensiv um das Vertrauen der Bevölkerung werben

will. Sein Ziel: „In der Wählergruppe der über 65-Jährigen wollen wir stärkste Partei werden.“

Berlin hat einen der höchsten Seniorenanteile aller deutschen Großstädte. Die über 65-Jährigen sind die am schnellsten wachsende Altersgruppe in dieser Stadt. Schon heute gehören ihr fast 30 Prozent der Wahlberechtigten an.



Foto: Kruppa

PFLÜGERS REGIERUNGSMANNSCHAFT

■ Arbeit und Soziales: **Rainer Eppelmann**, Ehrenvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (1. Reihe, 2. v.l.) ■ Bildung und Schule: **Eva Maria Kabisch**, Präsidentin der Stiftung Jugend und Bildung (2. Reihe, 3. v.l.) ■ Finanzen: **Alexander Kaczmarek**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion (2. Reihe, 2. v.r.) ■ Gesundheit: **Axel Ekkernkamp**, Geschäftsführer des Unfallkrankenhauses Berlin, Wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Ärzteforums (3. Reihe, 1. v.r.) ■ Innenpolitik: **Frank Henkel**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Parl. Geschäftsführer der CDU Fraktion, Generalsekretär der Berliner CDU (3. Reihe, 3. v.l.) ■ Jugend und Sport: **Astrid Jantz**, Vorsitzende der CDU-Fraktion in der BVV Lichtenberg, politische Referentin der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (3. Reihe, 3. v.r.) ■ Justiz: **Michael Braun**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, stv. Vorsitzender und Rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion (2. Reihe, 1. v.l.) ■ Kultur: **Monika**

Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages, Honorarprofessorin für Kulturmanagement (3. Reihe, 2. v.l.) ■ Stadtentwicklung: **Michael Wegner**, Stadtrat für Bau-, Grundstücks- und Gebäudemanagement im Bezirk Reinickendorf von Berlin, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung Berlin (2. Reihe, 2. v.l.) ■ Verkehr und Umwelt: **Mario Czaja**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (2. Reihe, 1. v.r.) ■ Wirtschaft: **Detlef Stronk**, Vorsitzender der Geschäftsführung der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (3. Reihe, 2. v.r.) ■ Wissenschaft: **Monika Schäfer-Korting**, Professorin für Pharmakologie an der FU Berlin, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des Bundesinstituts für Risikobewertung (1. Reihe, 1. v.r.) ■ Beauftragter für Migranten: **Nezhil Ülkekel**, Rechtsanwalt (1. Reihe, 1. v.l.) ■ Beauftragter für Senioren: **Otto Wulff**, Vorsitzender der Senioren Union Deutschlands (3. Reihe, 1. v.l.) .

Weitere Informationen zu den einzelnen Mitgliedern der Regierungsmannschaft finden Sie unter www.cdu-lv-berlin.de.

Fußball WM 2006 der Menschen mit Behinderung

Geballte Leidenschaft

Fußball ist mehr als nur ein Sport – Fußball ist ein internationales Gefühl, das Grenzen überwindet. Das haben wir in Deutschland in den vergangenen Wochen schon miterlebt. Ab dem 26. August folgt die Fußball WM der Menschen mit Behinderung. Wir können gespannt sein auf sportliche Höchstleistungen, heiß umkämpfte Länderspiele und – geballte Fußballleidenschaft.

Die INAS-FID-Fußballweltmeisterschaft (International Sports Federation for Persons with Intellectual Disability) wird dieses Jahr zum vierten Mal ausgerichtet. Vom 26. August bis 17. September kämpfen 16 Nationalmannschaften in 41 Orten Deutschlands um den Weltmeistertitel. Derzeitiger Titelverteidiger ist England. Die 24 Spiele der Vorrunde werden in den Bundesländern Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ausgetragen, die 24 Spiele der Hauptrunde werden ausschließlich in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Das Ereignis wird vom Deutschen Fußball-Bund, der Aktion Mensch, der Stiftung



Hubert Hüppe

Wohlfahrtspflege NRW sowie vom Bundesministerium des Innern unterstützt.

Parallel zu den Spielen läuft erstmalig die gesellschaftliche Kampagne „1000 Sympathietreffen“, bei der es um das persönliche Kennenlernen von so genannten geistig behinderten Menschen und Mitarbeitern von Firmen und Institutionen geht. Dabei soll aktiv diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Auch Schülerinnen, Schüler und Studierende sind eingeladen, Kontakte mit Schulen und Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung zu suchen. Interessierte können sich bei der Geschäftsstelle der INAS-FID-Fußball-WM melden.

Der Eintritt zu den Spielen ist kostenfrei – mit Aus-

nahme der Eröffnungsfeier in der Köln-Arena am 27. August und des Finales in der Leverkusener Bayarena am 16. September.

Als offizieller Botschafter der Fußball-WM der Menschen mit Behinderung möchte ich Sie ermutigen, sich an diesem einzigartigen Ereignis zu beteiligen: sei es durch den Besuch eines Spiels, durch die Ausrichtung eines Sympathietreffens, oder eine Pressemitteilung, mit der Sie auf die Spiele in Ihrem näheren Umkreis hinweisen. Die Fußball-WM der Menschen mit Behinderung ist ein idealer Anlass, um Menschen mit und ohne Behinderung einander näher zu bringen. Denn behinderte Menschen sind genauso fußballverrückt wie alle anderen auch.

Hubert Hüppe ist Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

Mehr Infos zur Fußball WM 2006 der Menschen mit Behinderung: www.inas-fid-wm2006.de



SPIELPLAN

Datum	Stadion	Gruppe A: Nordrhein-Westfalen
29.08.	Duisburg, MSV-Arena	Deutschland : Japan
01.09.	Gütersloh, Heidewaldstadion	Rußland : Nordirland
04.09.	Lippstadt, Stadion am Waldschlößchen	Deutschland : Nordirland
04.09.	Stemwede, Sportanlage	Rußland : Japan
07.09.	Bielefeld, Schüco-Arena	Deutschland : Rußland
07.09.	Münster, Stadion TuS Hilstrup	Japan : Nordirland
Gruppe B: Niedersachsen		
01.09.	Hannover, Eilenriedestadion	England : Mexiko
01.09.	Hannover, Eilenriedestadion	Ungarn : Südkorea
04.09.	Braunschweig, Stadion Hamburger Straße	Ungarn : Mexiko
04.09.	Celle, Günther-Volker-Stadion	England : Südkorea
07.09.	Wolfsburg, VfL-Stadion	Mexiko : Südkorea
07.09.	Wolfsburg, VfL-Stadion	England : Ungarn
Gruppe C: Bayern		
01.09.	München, Dante-Stadion	Brasilien : Südafrika
01.09.	München, Dante-Stadion	Portugal : Frankreich
04.09.	München, Dante-Stadion	Portugal : Südafrika
04.09.	München, Dante-Stadion	Brasilien : Frankreich
07.09.	München, Dante-Stadion	Südafrika : Frankreich
07.09.	München, Dante-Stadion	Brasilien : Portugal
Gruppe D: Sachsen-Anhalt		
01.09.	Salzwedel, Werner-Seelenbinder-Stadion	Niederlande : Saudi-Arabien
01.09.	Osterburg, Stadion Landessportschule	Polen : Australien
04.09.	Arendsee, Fußballstadion	Polen : Saudi-Arabien
04.09.	Gardelegen, Stadion Rieselwiese	Niederlande : Australien
07.09.	Stendal, Stadion am Hölzchen	Saudi-Arabien : Australien
07.09.	Klötze, Geschwister-Scholl-Stadion	Niederlande : Polen

SERVICE**E-Mail-Adresse des Ticketservice:**

inas-fid-wm-tickets@dbn-npc.de

Kontakt:

Pressereferentin, Frau Sabine Schmitz:

Tel.: 02233-93245-612

sabine.schmitz @inas-fid-wm2006.com

Geschäftsführer der Fußball WM
2006 gGmbH,

Herr Hans Jürgen Wagner

Tel.: 02233-93245-32 oder

Tel.: 02233-93245-610

E-Mail: wag@lebenshilfe-nrw.de

Ilse Aigner/Monika Grütters

10-Punkte für einen zukunftsfähigen Hochschulpakt

Mit einem 10-Punkte-Papier gibt die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Impulse für den Hochschulpakt 2020. Dieser steht nach der Verabschiedung der Föderalismusreform auf einer sicheren Rechtsgrundlage und muss nun zügig vorangebracht werden.

Es geht um Kapazität und Qualität gleichermaßen. Neben der Föderalismusreform weist der Hochschulpakt den Weg in eine moderne und zukunftsorientierte Hochschulausbildung in Deutschland. So kommt im Interesse der Studierenden endlich auch Bewegung in die Wissenschaftsstrukturen.

Die Instrumente müssen so flexibel sein, dass sie den regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen Rechnung tragen. Grundsätzlich gilt, dass zunächst die vorhandenen Kapazitäten in Deutschland ausgenutzt werden müssen, bevor anderenorts neue aufgebaut werden. Obwohl in den neuen Ländern die Abiturientenzahlen in den nächsten



Ilse Aigner



Monika Grütters

Jahren sinken, muss es der Hochschulpakt ermöglichen, die Kapazitäten dort zu erhalten. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder sind die Hochschulen als Innovationskerne essentiell. Die neuen Länder müssen daher ihre Anforderungen an den Pakt zügig formulieren.

Besonders wichtig ist, dass die Länder sich verpflichten, die Mittel, die sie vom Bund für den Hochschulbau erhalten, mit Landesmitteln in gleicher Höhe wie bisher aufzustocken. Dazu bedarf es einer entsprechenden Selbstverpflichtung der Länder.

„Intelligenter und flexibler Einsatz“ heißt die Devise bei der Erweiterung der

Personalkapazitäten. Stärker als bisher am tatsächlichen Bedarf orientiert, gehört dazu die Einführung der Personalkategorie des Lecturers ebenso wie die Einrichtung und Förderung von Forschungsprofessuren. Forschung und Lehre gehören an Universitäten untrennbar zusammen, müssen aber nicht unbedingt immer in Personalunion betrieben werden. Für den einzelnen Hochschullehrer sollten forschungs- und lehrintensive Zeiten abwechseln können.

Beim Hochschulpakt darf es nicht nur um die Frage gehen, was der Bund und was die Länder zahlen, sondern auch um die Erschließung privater Mittel.

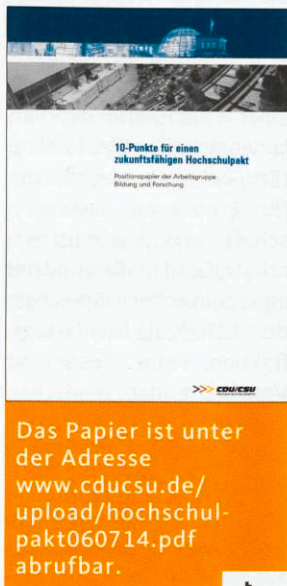
Die Hochschulen müssen für diese Aufgabe aufgestellt werden mit Anreizsystemen, wie der Forschungsprämie zur Einwerbung von Forschungsaufträgen aus der mittelständischen Wirtschaft, durch die Erleichterung der Einstellungen von Personal auf Drittmittelstellen, vor allem aber durch mehr finanzielle Autonomie auf der Einnahmen- wie Ausgabenseite. Die Hochschulen müssen sich sowohl über die Vermarktung von Forschungsergebnissen, über Spin-Off-Unternehmen und das eigenverantwortliche Management ihrer Gebäude und Flächen Finanzmittel erschließen können.

Mehr Effizienz im Hochschulsystem heißt, mehr Studierende als bisher zu einem Abschluss zu bringen. Nicht die Steigerung

der Studierendenquote, sondern der Absolventenquote ist die richtige Zielmarke für den Hochschulpakt. Neben der Verbesserung der Betreuung sind gezielte Hilfen zur Professionalisierung von Studienberatung und Studierendenauswahl durch die Hochschulen wichtiger Teil des Hochschulpaktes.

Eindeutig nicht in den Hochschulpakt gehören Verschiebebahnhöfe, wie der Vorschlag des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Zöllner, nach dem die Herkunftsländer für die in anderen Bundesländern studierenden Landeskinder zahlen sollen. Weder würden bei bundesweiter Betrachtung Kapazitäten aufgebaut, noch die Qualität von Lehre und Forschung verbessert.

Ilse Aigner ist die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Monika Grütters** ist die zuständige Berichterstatteerin.



10-Punkte für einen
zukunftsfähigen Hochschulpakt
Profilspeicher der Arbeitsgruppe
Bildung und Forschung

Das Papier ist unter
der Adresse
[www.cducusu.de/
upload/hochschul-
pakt060714.pdf](http://www.cducusu.de/upload/hochschulpakt060714.pdf)
abrufbar.

BA-WÜ: FLORIAN WELLER FOLGT DIETRICH BIRK

Florian Weller, Kreisvorsitzender in Reutlingen, ist neuer Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg.

Der Jurist wurde vom Landesvorstand mit 23 von 24 Stimmen gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Dietrich Birk an, der im vergangenen Monat Staatssekretär im

Landesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst geworden ist.

Weller hatte im Landtagswahlkampf die Kampagnenplanung verantwortet. Er ist seit 2002 Kreisvorsitz-



Florian Weller

zender und gehört dem Landesvorstand seit 2003 als Internetbeauftragter an. Von 2003 bis 2005 war Weller als parlamentarischer Berater der CDU-Landtagsfraktion tätig.

Agrarwirtschaft

Neue Chancen in China nutzen

Für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft bieten sich neue Chancen der Zusammenarbeit mit China.

Das ist das klare Ergebnis einer China-Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Gerd Müller, und des agrarpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Bleser, mit Vertretern der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft.

China setze im laufenden Fünf-Jahresprogramm einen neuen Schwerpunkt auf die Förderung der ländlichen Entwicklung, berichtete Müller nach seinen Gesprächen mit chinesischen Regierungsvertretern. Zusammen mit dem zuständigen chinesischen Vizeminister Zhirong unterzeichnete Müller ein Protokoll, mit dem zukünftig der Import von deutschen Rindersamen nach China ermöglicht wird. Weitere Schritte sollen folgen. Geplant ist u. a. die Unterzeichnung eines Abkommens zum Embryonenexport und zum Zuchtviehexport. Derzeit ist China für deut-



Der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Bleser (l.) und Staatssekretär Gerd Müller (r.) bei der Besichtigung der Yili-Molkerei in Hohot, Innere Mongolei.

sches Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch gesperrt.

Im Rahmen der deutsch-chinesischen Agrarkonsultationen wurden weitere Projekte der Zusammenarbeit vereinbart. Große Chancen sieht Müller insbesondere bei der Steigerung des Exportanteils bei Milchprodukten. Die chinesische Regierung plant, den Absatz von Milchprodukten im Lande deutlich zu erhöhen. Deutschen Produkten werden dabei große Marktchancen in China eingeräumt.

Unterstützt werden sollen die deutschen Exportanstrengungen durch ein neues Messekonzept, die Verstärkung des Austausches von Wissenschaftlern und halbjährliche Konsultationen zwischen chinesischem

und deutschem Agrarministerium.

China hat sich zum Ziel gesetzt, die landwirtschaftliche Produktion erheblich zu steigern. Damit wird das Land auch für die deutsche Landtechnik zum interessanten Exportmarkt. Um moderne deutsche Technik vor Ort demonstrieren zu können, wird der Aufbau eines deutschen Modellbetriebes in China angestrebt. Darüber hinaus wird eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Sektor der Bioenergie vorbereitet.

Fazit: Zum beiderseitigen Nutzen soll die agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China in den nächsten Jahren nachhaltig ausgebaut werden.

Entlastung bei Statistikpflichten – Koalition treibt Bürokratieabbau weiter voran

Bundesregierung und Koalition treiben den Abbau bürokratischer Belastungen weiter konsequent voran. Der vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf zur Reform der Lohnstatistik entlastet gerade kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten und macht ihre Erhebung effizienter.

So sollen künftig jährliche Verdiensterhebungen, die im produzierenden und im Dienstleistungsgewerbe bisher neben den Quartalerhebungen durchgeführt werden, genauso entfallen wie die besonderen Verdiensterhebungen im Handwerk. Die bisher jährlichen Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft werden nur noch alle vier Jahre durchgeführt. Bei gleich bleibendem Gesamtaufwand werden darüber hinaus die mehrjährigen Verdienststruktur- und Arbeitskostenerhebungen gleichmäßiger auf die Gesamtwirtschaft verteilt, was sich vor allem für mittelständische Betriebe des produzierenden



Michael Fuchs

den Gewerbes entlastend auswirkt. Durch die neuen Möglichkeiten der automatisierten Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen können zusätzliche Erleichterungen realisiert werden.

Michael Fuchs ist der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Doping konsequent bekämpfen

Die CDU/CSU unterstützt den Präsidenten des DOSB Thomas Bach beim kompromisslosen Kampf gegen Doping.

Wir stehen für einen sauberen Sport. Das ist für uns Grundvoraussetzung überhaupt, Steuermittel einsetzen zu können.

Das Arzneimittelgesetz bietet heute schon vielfältige Möglichkeiten, die im

Vollzug nur unzureichend ausgeschöpft werden.

Wir sind mit unseren Koalitionspartnern einig, die Strafandrohung bei banden- oder gewerbsmäßigen Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz auf 10 Jahre zu erhöhen. Die Aufnahme als Katalogstraftat lässt in diesen Fällen dann auch Telefonüberwachungen zu.

Das ist ein Signal des Gesetzgebers an den Sport, aber auch an die Justiz.

Wir hoffen, dass die Länder schnell Schwerpunktstaatsanwaltschaften einsetzen.

Eine Kriminalisierung des Sportlers lehnen wir ab. Für die „Bestrafung“ des Sportlers soll weiterhin der Sport selbst mit dem wirksamsten Mittel – der Sperre – zuständig bleiben.

Der Sport bleibt im Ermittlungsverfahren Zeuge und damit der Wahrheit verpflichtet – ohne Aussageverweigerungsrecht.

Über ein eigenständiges Anti-Doping-Gesetz hat Rot-Grün zwar jahrelang diskutiert, aber keinen einzigen Formulierungsvorschlag vorgelegt. Ein Artikelgesetz kann schnell wirksam und rechtsstaatlich einwandfrei umgesetzt werden.

Übrigens: Die Ermittlungen in Spanien, u. a. gegen Jan Ullrich, sind nicht durch



Klaus Riegert



Annette Widmann-Mauz

ein Anti-Doping-Gesetz aus-
gelöst worden!

Die CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion wird auf ihrer
langfristigen und berechen-
baren Linie bleiben – in
Übereinstimmung mit der
DSB-Rechts-Kommission
und dem DOSB-Präsiden-
ten.

Einzelne Überreaktionen,
auch wenn sie von Ver-
bandspräsidenten oder ein-
zelnen Sportpolitikern stam-
men, werden wir nicht be-
rücksichtigen.

Klaus Riegert ist der
sportpolitische Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfrak-
tion.

Informationslücken über Passivrauchen bei Jugendlichen

Es ist außerordentlich zu
begrüßen, dass laut der
jetzt vorgelegten Studie
der Bundeszentrale für ge-

**sundheitliche Aufklärung
(BZgA) „Förderung des
Nichtrauchens“ das Wis-
sen und auch die Überzeu-
gung von der Gefährlich-
keit des Rauchens für die
Gesundheit bei Jugendli-
chen zunimmt.**

Dies ist umso erfreuli-
cher, da gerade in jungen
Jahren das Rauchen beson-
ders schädlich ist. Aus die-
sem Grund kann die Er-
kenntnis, dass der Anteil
der nie rauchenden Jugend-
lichen zwischen 12 und 19
Jahren von 41 % in 2003 auf
45 % in 2005 gestiegen ist,
als Vorbild dienen.

Beunruhigend ist dage-
gen die Erkenntnis, dass of-
fenbar keine klare Vorstel-
lung von der gesundheitli-
chen Bedeutung des Passiv-
rauchens bei Jugendlichen
vorherrscht. In 2003 waren
lediglich 18 %, in 2005 20 %
der Jugendlichen davon
überzeugt, dass Passivrau-
chen die Gesundheit schäd-
igt.

Die CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion sieht sich auf-
grund dieser Erkenntnisse
ermutigt, das Thema „Nicht-
raucherschutz“ weiter zu
verfolgen. Die derzeit im
Vordergrund stehenden
Selbstverpflichtungen bzw.
freiwilligen Maßnahmen, zu
denen Nichtraucherzonen
in Gaststätten sowie rauch-
freie Behörden gehören,

werden aus unserer Sicht zu
zögerlich angegangen. Aus
diesem Grund treten wir für
einen Nichtraucherchutz
in öffentlichen Gebäuden
und im Personennahverkehr
ein. Darüber hinaus prüfen
wir, inwieweit der Nichtrau-
cherschutz in Gaststätten
verbessert werden kann, (z.
B. durch getrennte Räum-
lichkeiten) und werden nach
der Sommerpause entspre-
chende parlamentarische
Initiativen einbringen.

Annette Widmann-Mauz

ist die gesundheitspoliti-
sche Sprecherin und Vorsit-
zende der Arbeitsgruppe
Gesundheit der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion.

Europa unterstützt Konsolidierungskurs

Erklärung anlässlich der
Mitteilung der Europäi-
schen Kommission an den
Rat, in der sie empfiehlt,

das Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen zu lassen:

Eines der zentralen Ziele der Großen Koalition – und zwar aus Gründen der Generationengerechtigkeit – ist die Konsolidierung des Bundeshaushalts. Der erste Schritt ist das 3 %-Defizitkriterium des Europäischen Stabilitätspaktes wieder einzuhalten. Wenn sich die Steuereinnahmen weiterhin so gut entwickeln wie in den ersten sechs Monaten, wird das deutsche Staatsdefizit bereits im laufenden Jahr unter die 3 %-Grenze sinken – 2007 liegt in jedem Fall im grünen Bereich. Grund hierfür ist ein Bündel an Konsolidierungsmaßnahmen, das die unionsgeführte Bundesregierung in den ersten Monaten ihrer Amtszeit beschlossen hat und



Steffen Kampeter

das sich erstmals im Jahr 2007 spürbar in den öffentlichen Haushalten auswirkt. Auch nach Ansicht der Europäischen Kommission ist Deutschland endlich auf einem guten Weg. Dies hat die Kommission im Juli mitgeteilt. Vor diesem Hintergrund ruht das gegen Deutschland eingeleitete Defizitverfahren. Dies ist nicht nur ein Signal für europäische Stabilitätskultur

nach Brüssel und in die Beitrittsstaaten, sondern es zeigt auch, dass es der Großen Koalition in nur wenigen Monaten nach Übernahme der Regierung gelungen ist, den Dauerkonflikt mit der Europäischen Kommission zu beenden.

So positiv diese Entwicklung zu bewerten ist, so sehr muss vor dem Eindruck gewarnt werden, es wären alle Konsolidierungsziele bereits erreicht. Der Bundeshaushalt bleibt ein Sanierungsfall. Deshalb ist auch die Kommission der Auffassung, dass weitere Anstrengungen zu einer strukturellen Haushaltsverbesserung erforderlich sind. Im Jahr 2008 würde nach der derzeitigen Finanzplanung das strukturelle Defizit nur um 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts abgebaut werden. Wenn wir die stren-

RCDS-MAGAZIN ZUR CDU-GRUNDSATZPROGRAMM-DEBATTE

Die aktuelle Ausgabe der RCDS-Publikation „CIVIS mit Sonde“ (2/2006) widmet sich der Grundsatzprogramm-Debatte der CDU. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, Antworten auf die aufgeworfenen Leitfragen zu geben. Vielmehr will „CIVIS mit Sonde“ in alter Tradition zum Denken anregen – u.a. mit Beiträgen von Thomas de Maizière, Philipp Mißfelder, Joachim Hermann, Andreas Scheuer, Peter Radunski und Hanna-Renate Laurien. Eine gelungene Mischung aus Analyse und Zukunfts-

orientierung, machen auch diese Ausgabe der „CIVIS mit Sonde“ leistungswert.

■ Bestellung unter:

RCDS
Bundesgeschäftsstelle
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel: 0 30/61 65 18-11
Fax: 0 30/61 65 18-40
E-Mail: mail@rcds.de



gen Vorgaben der EU umsetzen wollen, bedeutet dies einen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf von rd. 7 Mrd. Euro. Wir brauchen somit weitere strukturelle, d.h. dauerhaft wirksame Eins-

parungen, um das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen und generationengerechten Haushalts zu erreichen. Nur so kann eine nachhaltige Sanierung des Bundeshaushalts gelingen. In

dieser Frage weiß die Große Koalition die Europäische Kommission an ihrer Seite.

Steffen Kampeter ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

STELLENANZEIGE



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) ist eine Sonderorganisation der CDU/CSU, der alle evangelischen Unionsmitglieder vertritt und eine Brücke zwischen Kirche und Politik ist.

Die EAK-Bundesgeschäftsstelle sucht zur Unterstützung ihres Teams zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Sekretär/in

Ihre Aufgaben:

Eigenverantwortlich und selbständig organisieren Sie das Sekretariat und erledigen alle anfallenden administrativen Aufgaben sowie die Termin- und Reiseplanung des Bundesgeschäftsführers. Das Bearbeiten der Geschäftspost, die Führung der Akten, des Spendenwesens, die Datenbankverwaltung und die Pflege und Administration des Internetauftritts des EAK gehören ebenfalls in Ihren Aufgabenbereich. Ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Arbeit ist die Vorbereitung, Organisation und aktive Begleitung interner und externer Besprechungen, Sitzungen sowie Veranstaltungen.

Ihr Profil: ■ eine abgeschlossene Berufsausbildung als Bürokommunikationskauffrau/-mann (oder eine vergleichbare Qualifikation) ■ Sekretariaterfahrung, allgm. Organisationstalent, gute EDV-Kenntnisse (MS-Office), sehr gute Beherrschung der deutschen Sprache (in Wort und Schrift) ■ Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit auch über die reguläre Arbeitszeit hinaus ■ selbständiges Arbeiten ■ Teamfähigkeit ■ Freude am Kontakt mit Menschen ■ evangelisches Profil sowie Interesse an kirchlichen und politischen Fragen ■ Aufgeschlossenheit bzw. Erfahrungen bzgl. der Parteilarbeit der Union

Wir bieten: ■ ein interessantes und abwechslungsreiches Aufgabengebiet in einem angenehmen und kollegialen Umfeld ■ leistungsgerechte Bezahlung und gute Sozialleistungen

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen erbitten wir möglichst umgehend an die EAK-Bundesgeschäftsstelle (Bewerbungsschluss ist der 28.8.2006), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.

Die Schule hat begonnen!

Buntstifte mit Komfortgriff

Die dreieckige Schaftform ist speziell auch für kleine Kinder – für einen besseren Halt – entwickelt worden.

CDU-Buntstifte

intensive Farbkraft, bruch-, wisch- und wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 21,50 €**

inkl. MwSt.: 24,90 €

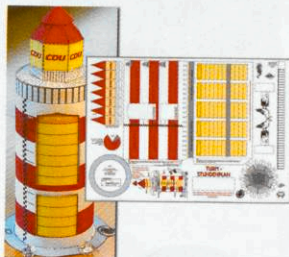


Bastelbogen mit Stundenplan als Leuchtturm

Bestell-Nummer: **9745**

Preis je **25 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €



Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben (Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**

Preis je **100 Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €



Luftballon-Schnellverschluss
inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**

Preis je **100 Stück: 4,90 €**

inkl. MwSt.: 5,68 €

Neuer Preis!

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**

Preis je **500 Stück: 14,00 €**

inkl. MwSt.: 16,24 €

**Luftballon
Zubehör**



Reflektoren „Smilie“

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je **25 Stück: 22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**

Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**

inkl. MwSt.: 8,56 €



Vitaminbonbon – Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas
im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis **3 kg + Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



Freshmint-Tütchen

2 Freshmints (Dragees) in einem Tütchen, zuckerfrei

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je **200 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €

Neu!

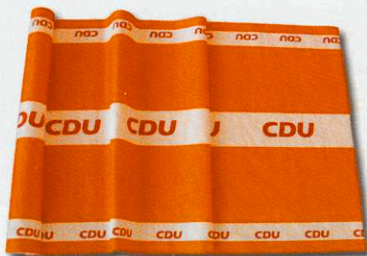
CDU-Papiertischdecke in Orange

0,50 m x 1,00 m

Bestell-Nummer: **9059**

Preis je **Rolle: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



Neuer Preis!

Ordnerarmbinden

neue Verpackungsmenge!

Bestell-Nummer: **0301**

Preis je **25 Stück: 20,50 €**

inkl. MwSt.: 23,78 €

Ordner

CDU Sonnenschirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €



Neuer Preis!

Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 8,50 €**

inkl. MwSt.: 9,86 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 CDU-Kundenbetreuung
 Telefax 0 52 41-8 09 41 65
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Vorsicht! Schule hat begonnen.



Besser für die Menschen



CDU

Schulplakat

„Vorsicht! Schule hat begonnen.“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7317**

Preis je **50 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7316**

Preis je **50 Stück: 40,00 €**

inkl. MwSt.: 46,40 €

Bestellung für Plakate direkt an die Bundesgeschäftsstelle

Per Fax: 030-22070-389

Per Mail: bestellung@cdu.de